

4. Mai 2023

Pressemitteilung

Linke: Mittel für Schuldnerberatung reichen trotz Anhebung nicht aus Zustimmung für Sanierungsfonds

Freiburg – Trotz der Verdopplung der Mittel von einer auf zwei Millionen Euro im Bundeshaushalt für die Schuldnerberatungen reichen die Summen nach Ansicht der Linkspartei bei weitem nicht aus. „Statt zwei Millionen sollten es 25 Millionen sein“, sagte Linken-Fraktionschefin Amira Mohamed Ali in einem Grußwort zur Tagung der Schuldnerberatungen in Freiburg (Breisgau). Die Tagung mit 520 Teilnehmenden ist die größte Veranstaltung, die es je zur Sozialen Schuldnerberatung in Deutschland gab. 96.000 Menschen beantragten im vergangenen Jahr Privatinsolvenz. Neben Arbeitslosigkeit, Scheidung oder Tod des Partners seien in letzter Zeit immer wieder hohe Mieten und Energiekosten der Auslöser. Der Bund müsse angesichts explorierender Kosten für Strom und Heizung helfen, forderte Mohamed Ali.

Die Ampelkoalition arbeite daran, dass alle Menschen in Deutschland ein Recht auf kostenfreie Schuldnerberatung haben, kündigte Lina Heitmann (MdB Bündnis90/Grüne) auf der Tagung an: „Die derzeitige politische Lage macht es nötiger denn je, dass wir eine starke Schuldnerberatung in Deutschland haben.“

Die verbraucherpolitische Sprecherin der SPD, Nadine Heselhaus, verwies auf die Verdoppelung der Haushaltsmittel von einer auf zwei Millionen Euro im Bundeshaushalt. Sie mache sich neben einem Recht auf kostenlose Schuldnerberatung für alle auch für eine Verstärkung der Förderpolitik und mehr Mittel aus dem Bundeshaushalt stark. Doch seien in einer Koalition leider manchmal „dicke Bretter zu bohren“.

Für die CDU/CSU-Fraktion sagte Dr. Volker Ulrich, nach unserem Menschenbild habe jeder eine zweite Chance verdient, auch in finanzieller Hinsicht. Privatinsolvenzen seien seit einem Vierteljahrhundert eine Erfolgsgeschichte und hätten vieles abgemildert.

Das komplette Tagungsprogramm finden Sie unter www.bag-sb.de/tagung2023

Zum Hintergrund

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung e.V. (BAG-SB) vertritt die Interessen der Schuldner- und Insolvenzberatungspraxis sowie der ver- und überschuldeten Haushalte in Deutschland. Als bundesweit anerkannter Fachverband setzt sich die BAG-SB seit 1986 dafür ein, verbraucher- und schulderspezifische Themen nicht nur in der Bundespolitik voranzubringen, sondern auch in der Öffentlichkeit auf die Notlage der Ratsuchenden aufmerksam zu machen. Zusammen mit dem Verbraucherzentrale Bundesverband und den Wohlfahrtsverbänden engagiert sie sich in der Arbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung der Verbände (AG SBV).

Die vom 3. bis 5. Mai 2023 hybrid stattfindende Tagung wird gefördert vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.

Kontakt für Rückfragen und Presse

Ines Moers, Geschäftsführung BAG-SB
ines.moers@bag-sb.de · Telefon 0152 02 421 421

www.bag-sb.de